

Weniger als der Mindestlohn

Weiterbildung muss dringend auf die Tagesordnung der neuen Bürgerschaft – Ergebnisse des GEW-Tribunals „Weiterbildung“ am 27.11.19

„Für eine volle Stelle muss ich 50 Unterrichtsstunden unterrichten – und das für 2900 Euro brutto monatlich. Die Vor- und Nachbereitungszeit wird gar nicht bezahlt!“ – „Ich bekomme nur etwas mehr als 29 Euro Honorar für die Unterrichtsstunde und da ich alle Sozialversicherungen ohne Arbeitgeberzuschuss allein tragen muss, verdiene ich rechnerisch weniger als den Mindestlohn!“ Mit diesen und ähnlichen Aus-

hin: „Es gibt kaum Betriebs- oder Personalräte, die Interessenvertretung der Beschäftigten ist daher schwierig. Sowohl bei Honorar- als auch bei Angestelltenbeschäftigung herrschen desolate Arbeitsbedingungen – bei öffentlichen und privaten Trägern.“

Dr. Andreas Martin (*Deutsches Institut für Erwachsenenbildung*) lieferte Rahmendaten aus seinen wissenschaftlichen Untersuchungen: In der Wei-

sind die Einkommen im Schnitt niedrig.

Was tut nun die Hamburger Politik, um Verbesserungen bei diesen Arbeitsbedingungen zu erreichen? Neben dem Entsetzen über die dargestellten Bedingungen waren sich die Fachpolitiker_innen einig, dass die Weiterbildung in der letzten Legislatur zu wenig bis gar nicht im Fokus der Politik war. Das soll in der nächsten Legislatur dringend anders werden.



Foto: GEW

Beschreiben, analysieren, fordern ist Silber – es wird erst durch handeln zu Gold

sagen von Beschäftigten in der Weiterbildung begann das Tribunal Weiterbildung, eine gut besuchte GEW Diskussionsveranstaltung mit Beschäftigten, Wissenschaftlern und Hamburger Fachpolitiker_innen. Es wurde sofort deutlich, wie dramatisch die Arbeitsbedingungen in diesem Sektor des Bildungswesens sind.

Dr. Claudia Liehr-Molwitz (*DazDaf Bündnis*) wies ergänzend auf die zersplitterte Anbieterstruktur in der Weiterbildung

arbeiten mit knapp 700.000 Beschäftigten bundesweit etwa so viele Menschen wie im Schulwesen, für die Hälfte von ihnen ist das die Haupterwerbsquelle. Etwa drei Viertel der Lehrkräfte in der Weiterbildung arbeiten als Honorarkräfte, es gibt viele Scheinselbstständige und Menschen, die ihre Sozialversicherungen nur unzureichend oder gar nicht bedienen können. Obwohl gut 70 Prozent der Beschäftigten in der Weiterbildung Akademiker_innen sind,

Kazim Abaci (*SPD, integrationspolitischer Sprecher*) betonte die Wichtigkeit der Weiterbildung, gerade für Integrationsprozesse und kündigte eine Überarbeitung des Hamburger Vergabegesetzes in Richtung auf Tarifbindung an. Außerdem soll nach dem Willen der SPD die Honorarerhöhung für die Dozent_innen der VHS auch in den nächsten Haushaltsjahren fortgesetzt werden.

Olaf Duge (*GRÜNE, bildungspolitischer Sprecher*) verwies

auf die Bedeutung lebenslangen Lernens. Die Grünen werden sich für eine Bezahlung von Vor- und Nachbereitung in der Weiterbildung (Stichwort: Faktorisierung der Unterrichtsstunden) einsetzen und die Möglichkeit prüfen, dass die Lehrkräfte sich über die Künstlersozialkasse oder ein ähnliches Solidarsystem versichern können.

Marino Freistedt (CDU, Deputierter der Behörde für Schule und Berufsbildung) zeigte sich entsetzt über die Beschäftigungsbedingungen und forderte die Beteiligung der Honorargeber an der Sozialversicherung.

Sabine Boeddinghaus (LINKE, bildungspolitische Sprecherin) kündigte eine Initiative ihrer Fraktion für ein Hamburger Weiterbildungsgesetz an und verwies darauf, dass die Regierungsfaktionen beispielsweise Anträge der LINKEN für Honorarerhöhung und bessere Ausstattung in der Volkshochschule trotz aller Sonntagsreden abgelehnt hätten.

Anja Bensinger-Stolze fasste die GEW Forderungen an die Hamburger Politik für die Weiterbildung zusammen:

1. eine Bundesratsinitiative für eine Tarifbindung bei öffentlich geförderten Aufträgen und Bil-

dingsmaßnahmen

2. ein Hamburger Tarifreue-Gesetz

3. die Erhöhung des Landeshaushaltes für Weiterbildung auf mindestens 1 Prozent des Bildungsetats (von etwa 0,46 Prozent/2014 nach GEW-Berechnung)

4. zur VHS fordert sie:

- Die Erhöhung der Honorare der arbeitnehmerähnlich Beschäftigten von jetzt knapp 30 auf 38 Euro pro Unterrichtsstunde als absolut unterste Haltelinie und als langfristiges Ziel die Überführung in sozialversicherungspflichtige Festanstellungsverhältnisse

- Zuschüsse zur Sozialversicherung

- Ausfallhonorar bei Krankheit

- Finanzierung des Mehrbedarfes der VHS durch Erhöhung des Zuschusses der Landesregierung

5. Einstiegsmöglichkeit aus dem DAZ-DAF-Bereich in den Schuldienst:

a. Anerkennung des DaZ/DaF-Studiums als eigenständiges Unterrichtsfach

b. Einstieg mit A bzw. E 11/längerfristig auf A bzw. E 13 (nach Fortbildungsgarantie und Laufbahnbescheinigung [2

Fächer])

Unsere Vorsitzende sagte: „Die Hamburger Politik muss endlich zur Kenntnis nehmen, dass es sich bei der Weiterbildung nicht vorwiegend um Hobbykurse handelt, sondern um hochprofessionelle Lehrtätigkeit in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen. Die Arbeitsbedingungen sind dort vielfach skandalös. Das muss dringend anders werden, dafür wird die GEW weiter mit den Beschäftigten kämpfen!“

Dieses Anliegen müsste auch auf Linie der Hamburger Regierung liegen, denn diese will die Vergabepolitik auf Nachhaltigkeit verpflichten. Finanzsenator Dressel führte dazu aus: „Das Thema Nachhaltigkeit ist weit mehr als Klimaschutz. Es nimmt Unternehmen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ganzheitlich in den Blick und umfasst neben wirtschaftlichen auch soziale Aspekte.“ (Welt vom 26.11.2019). Die Verhältnisse schreien danach, dass nun aus Worten Taten werden. Die Beteiligten waren sich einig, dass dies spätestens auf die Tagesordnung der neuen Bürgerschaft gehört.

DIRK MESCHER
Geschäftsführer GEW

druckfrisch

In Deutschland hängt der Bildungserfolg in hohem Maße von der sozialen Herkunft der Menschen ab. Diese Tatsache belegt, dass unser Bildungssystem nicht das leistet, was seine vornehmste und verfassungsrechtlich gebotene Aufgabe in einer demokratischen und auf Teilhabe angewiesenen Gesellschaft ist: Mit seinen Mitteln Chancenungleichheit zu reduzieren. Daher fordert die GEW ein Gesamtsystem von Erziehung und Betreuung, von Bildung und Wissenschaft, in dem alle Menschen ihr Recht auf

Bildung verwirklichen können und in dem die Beschäftigten Arbeitsbedingungen vorfinden, die eine professionelle, pädagogische und wissenschaftliche Arbeit ermöglichen.

Zur Bürgerschaftswahl im Februar 2020 hat die GEW Hamburg nun Leitlinien vorgelegt, in der sie ihre Forderungen an die Parteien formuliert mit der Erwartung, dass diese ernstgenommen und umgesetzt werden. Auch bei unseren Veranstaltungen mit Bürgerschafts-abgeordneten zu den Themen Schule, Hochschule und Weiterbildung nehmen wir auf unsere Leitlinien Bezug.



Online auf GEW-Hompage,
als Druckversion über die
Geschäftsstelle erhältlich